

Internationale Rundschau

Beamtenstreik in Schweden

Bis vor weniger als zwei Jahren war Schweden ein Land, in dem Streiks nur selten vorkamen. Das änderte sich mit einigen der „wilden“ Streiks im Jahre 1969 und dann mit dem Bergarbeiterstreik in Kiruna. Im Februar dieses Jahres kam es jedoch zu einem Konflikt eigener Art. Es handelte sich diesmal nicht um eine Aktion unzufriedener Arbeiter, sondern um hohe und höchstbezahlte Beamtengruppen.

Die „Zentralorganisation schwedischer Akademiker“ (SACO) mit rund 100 000 Mitgliedern und der „Reichsverband der Staatsbediensteten“ (SR) mit ungefähr 20 000 Mitgliedern forderten im Januar eine allgemeine prozentuale Gehaltserhöhung von annähernd 25 %. Seitens der staatlichen und kommunalen Instanzen wurde diese Forderung als völlig indiskutabel abgelehnt. Daraufhin legten am

1. Februar 1971 2500 höhere Beamte der Kommunalverwaltungen die Arbeit nieder. Ihnen folgten am 5. Februar 1000 Beamte im höheren Staatsdienst, darunter 600 in wichtigen Schlüsselstellungen der Eisenbahnverwaltung (Verkehrsleiter). Diese letztere Aktion legte den gesamten Eisenbahnverkehr still.

Am 10. Februar erfolgte als Gegenaktion der Behörden die Aussperrung von 4300 SACO-Mitgliedern in den Kommunalverwaltungen, und am 12. Februar kündigte das „Staatliche Amt für Tariffragen“ (SAF), das als staatliche Arbeitgeberorganisation fungiert, die Aussperrung von 30 000 Gymnasial- und Hochschullehrern an. Drei Tage später gingen weitere 5000 Staats- und Kommunalbeamte in Streik, darunter 2000 Ärzte, 350 Zahnärzte und 700 Schullehrer. Der Ärztestreik betrifft jedoch nicht die Krankenbehandlung. Am 19. Februar wurde die angedrohte Lehreraussperrung durchgeführt. Danach waren rund 700 000 Schüler der höheren Klassen und der Hochschulen ohne Lehrer. Zuletzt war auch die Aussperrung von 3000 von den insgesamt

5000 Offizieren angekündigt worden, falls die in der Eisenbahnverwaltung streikenden Kollegen nicht an die Arbeitsplätze zurückkehren. Die Aussperrung der Lehrer und Offiziere hängt damit zusammen, daß diese zahlenmäßig großen Gruppen mit hohen Extrabeiträgen den Streik der kleineren Schlüsselgruppen finanzieren.

Anfang März, vier Wochen nach Beginn der ersten Kampfaktionen, befanden sich 47 000 Personen im Konflikt mit den staatlichen Arbeitgebern, davon waren 12 000 im Streik und 35 000 ausgesperrt.

Außerhalb Schwedens wird es schwer zu verstehen sein, daß Beamtengruppen in ausgesprochenen Schlüsselstellungen und mit hohen Gehältern in Streik gehen, und daß Lehrer und sogar Offiziere ausgesperrt werden können. Seit 1965 besitzen jedoch alle Beamten, einschließlich der Offiziere, das Streikrecht. Das beinhaltet umgekehrt auch die Möglichkeit der Aussperrung. Es gibt zwar die Einschränkung, daß dieses Recht des Arbeitgebers in gesellschaftsgefährdenden Situationen aufgehoben werden kann. Die Stilllegung der Eisenbahnen hat man jedoch bisher nicht in diesen Gefahrenbereich eingeordnet. Nun konnte der Eisenbahnausfall durch den erhöhten Einsatz des motorisierten Landstraßenverkehrs weitgehend gemildert werden.

Die angedrohte Offiziersaussperrung wird besonders von der rechten bürgerlichen Presse scharf angegriffen und als eine Gefährdung der Landesverteidigung betrachtet. Da Schweden jedoch mit keinem Lande in einem latenten Konfliktzustand lebt, dürfte diese Maßnahme am wenigsten fühlbar sein. Auf jeden Fall geht es leichter ohne Offiziere als ohne Eisenbahnen. Zur Freude aller Einberufenen mußten infolge des Streiks die Wintermanöver eingestellt werden. Wäre die Offiziersaussperrung Wirklichkeit geworden, so hätte ein großer Teil der Wehrpflichtigen einen Extraurlaub erhalten.

Bei den Gehaltsforderungen geht es um zwei verschiedene Rechnungsarten. Während man allgemein immer mit dem Bruttolohn rechnet, akzeptieren SACO und SR nur den Nettolohn, also den Betrag, der nach Abzug der Steuern und der darin eingeschlossenen Sozialabgaben übrigbleibt. Nun ist zwar auch dieser Nettolohn nicht kleiner geworden, aber im Verhältnis zur Steigerung der Arbeiterlöhne ist er in den letzten Jahren nicht im gleichen Prozentverhältnis gestiegen. Wir haben hier ein ähnliches Phänomen wie die in meinem Artikel über den Bergarbeiterstreik aufgezeigte Änderung der relativen Lohnskala bei den Arbeiterlöhnen (*Gewerkschaftliche Monatshefte* Nr. 8/70).

Absolut hat sich das Einkommen der Akademiker in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Von 1960 bis 1970 ist das Durchschnitts-

gehalt von 2526 auf 4947 Kronen monatlich gestiegen. Die Vergleichszahlen für den Industriearbeiter sind 1190 und 2250 Kronen. Nimmt man den Nettolohn nach Abzug der Steuer, so bleiben dem Akademiker von dieser Lohnsteigerung im Durchschnitt 1170 und dem Industriearbeiter 756 Kronen übrig. Außerdem sinkt das Einkommen der Industriearbeiter nach dem 50. Lebensjahr, während das der Beamten bis zum 62. und 63. Jahr weiter ansteigt.

Die niedrigsten Einkommen von SACO-angeschlossenen Beamten, z. B. der Krankengymnasten, Bibliotheks- und Sozialassistenten betragen 31 000 bis 34 000 Kronen im Jahr. Diese niedrigsten Gehälter entsprechen immerhin den höchsten Arbeiterlöhnen, denen der Bau- und Bergarbeiter, Fach- und Gymnasiallehrer sowie Offiziere im Hauptmannsgrad beziehen zwischen 40 000 und 50 000 Kronen Jahresgehalt, während Oberärzte, Generäle und Generaldirektoren einen Verdienst von 125 000 bis 130 000 Kronen aufweisen. Das Durchschnittseinkommen der SACO- und SR-Mitglieder beträgt 51 000 Kronen, während das der Mitglieder des Schwedischen Gewerkschaftsbundes (LO) 28 000 Kronen beträgt.

Der Streik geht jedoch nicht um die Anhebung der niedrigen Gehälter, sondern vor allem um die Forderung einer allgemeinen und gleichen Prozenterhöhung für alle Gruppen und um die Nettoberechnung. Dies würde, abgesehen von den an sich überhöhten Forderungen, die bestehende Einkommenskluft erweitern. Gegen dieses Prozentdenken wenden sich die Gewerkschaften. Deshalb betrachten sie den mehrwöchigen Streik als einen ausgesprochenen Luxusstreik zugunsten der Bestbezahlten. Die Gewerkschaften führen seit Jahren eine sogenannte „solidarische Lohnpolitik“, die darauf ausgerichtet ist, vor allem die niedrigen Löhne anzuheben. Parallel damit geht das Bestreben, die noch vorhandenen arbeitsrechtlichen und sozialen Unterschiede zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten weitgehend abzubauen. In diesem Sinne wurde in den letzten Wochen auch ein gesetzlicher Schutz für die Anstellung und Entlassung älterer Arbeitskräfte geschaffen.

Für die Regierung und die Gemeinden sind die Forderungen der SACO- und SR-Beamten in ihrer gegenwärtigen Form unannehmbar. Da die Löhne dieser Gruppen direkt aus Steuermitteln bezahlt werden müssen, würde Nachgeben im gegenwärtigen Konflikt zu weiteren Steuererhöhungen führen. Gleichzeitig sind weder die Arbeiter- noch die Angestelltengewerkschaften bereit, sich bei den laufenden Tarifverhandlungen mit geringeren Kronenbeträgen als die Beamten zufrieden zu geben. Dies ist der Grund, weshalb dieser Streik sowohl bei den Gewerkschaften

als auch bei der sozialdemokratischen Regierung auf Widerstand stößt. Im Gegensatz zu dem Bergarbeiterstreik findet er auch in der breiten Masse der Bevölkerung keine Sympathien.

Nicht zu Unrecht betrachtete man den Akademiker-Streik als einen politischen, der sich sowohl gegen die Lohnpolitik der Gewerkschaften wie auch gegen die Sozial- und Steuerpolitik der Regierung richtet. In der progressiv gestaffelten Steuerskala kommen selbstverständlich die großen Einkommen im Verhältnis zu den kleineren schlechter weg. Das ändert jedoch nichts daran, daß jemand mit einem Einkommen von 50 000 Kronen gegenüber einem mit 10 000 Kronen zwar nicht das Fünffache, aber immerhin noch ungefähr das Dreifache als Nettoeinkommen zurückbehält.

Mit ihrer Steuer- und Sozialpolitik wollen die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Regierung einen Ausgleich schaffen, der auch den schlechtestgestellten Gruppen ein gewisses Maß an ökonomischer und sozialer Sicherheit bietet.

Die desperaten Kampfmaßnahmen der Organisationen hochbezahlter Akademiker sind auch in anderer Sicht interessant. Mit der Durchbrechung des Bildungsmonopols erfolgte in den letzten Jahren ein immer größer werdendes Angebot an intellektuellen Arbeitskräften. Höhere Funktionäre im öffentlichen Leben und in der Wirtschaft sind nicht mehr in gleichem Maße Mangelware wie noch vor Jahrzehnten. So sagte Staatsminister *Palme* kürzlich in einem Interview in der Zeitung *Dagens Nyheter*:

„Die gesamte Lohnentwicklung muß eine andere werden, wenn 85 % und nicht mehr 3 % eine Ausbildung im Gymnasialniveau haben. Es ist vollkommen unsinnig, die alten Lohnunterschiede aufrechtzuerhalten. Wir haben einen Mangel an Industriearbeitern. Ich glaube, daß die siebziger Jahre eine Renaissance für die praktische Berufsarbeit beinhalten, sowohl was den Status, die Ausbildung und die wirtschaftlichen Vorteile betrifft. Die Marktverhältnisse arbeiten in diese Richtung.“

In ähnlichem Sinne argumentierte Professor *Gunnar Myrdal*:

„Es ist ja vollkommen verrückt, daß diejenigen, welche die schwerste, schmutzigste und anstrengendste Arbeit ausführen, die niedrigsten Löhne haben sollen, während diejenigen, welche eine persönlich viel mehr zufriedenstellende Arbeit besitzen, die höchsten erhalten. Ich hoffe, daß die Bildungsexplosion, welche wir jetzt haben, das Angebotsverhältnis in der Gesellschaft so ändern dürfte, daß wir in den 70er Jahren einen größeren Ausgleich bekommen. Die alte Klassengesell-

schaft war auf dem Bildungsmonopol aufgebaut, und nach der Statistik zu urteilen, sind wir da noch nicht ganz herausgekommen.“

Im alten Obrigkeitsstaat konnten die höheren Beamten, da sie gleichzeitig die herrschende Bürokratie bildeten, weitgehend ihren Lohn und ihr Einkommen selbst bestimmen. Inzwischen sind im demokratischen Staat andere politische Kontrollinstanzen zwischengeschaltet. Die Arbeiterorganisationen sind nicht mehr Objekt, sondern auch Subjekt in der Politik. Sehr hart bezeichnete die den Gewerkschaften gehörende große Tageszeitung *Aftonbladet* deshalb die Akademikerorganisation SACO als „eine Maffia für die Aufrechterhaltung der Privilegien der Privilegierten“.

Nicht zufällig sind es die rechtsten bürgerlichen Kreise, die für den Beamtenstreik Verständnis aufbringen. Im Bunde mit ihnen stehen sonderbarerweise einige kommunistische und Mao-kommunistische Studentengruppen, während die kommunistischen Arbeiter mit dem Streik der Großverdiener nichts zu tun haben wollen und die Parteileitung und der Parteivorsitzende *Hermansson* sich in vieler Hinsicht davon abgegrenzt haben. Dagegen ist einer der bekannteren Kommunisten aus der Studentengeneration Verhandlungsleiter und Spitzenfunktionär bei SACO. Im Reichstag stimmte übrigens Anfang März die kommunistische Fraktion unter *Hermansson* für den Finanzplan des sozialdemokratischen Finanzministers, den die linken Studenten als den „Knecht der Kapitalisten“ bezeichnen.

Fünf Wochen nach Beginn des Streiks griff die Regierung ein. Sie verordnete eine Dienstpflicht für den öffentlichen Dienst. Der Reichstag verabschiedete ein Gesetz, das eine Friedenspflicht auf dem gesamten Arbeitsmarkt bis zum 25. April erzwingt. Bis dahin soll versucht werden, sämtliche Tarifverhandlungen zu einem Ergebnis zu führen. Letzten Endes ist es ja nicht ein privates Unternehmen oder eine Arbeitergruppe, welche die Kosten des Streiks und der Aussperrung bezahlen muß, sondern dies muß die Allgemeinheit mit erhöhten Steuern leisten.

Interessant dürfte auch die Entwicklung nach Beendigung des Konfliktes werden. Es ist wahrscheinlich, daß man das Gesetz vom Jahre 1965, das den Beamten das Streikrecht gab, revidieren wird. Es geht ja nicht an, daß kleine Gruppen in Schlüsselstellungen große Teile der öffentlichen Einrichtungen oftmals nur dadurch lahmlegen können, daß sie sich weigern, eine rein formelle Unterschrift zu geben. So haben die Bauarbeiter unter dem Streik deswegen zu leiden, weil die verantwortlichen Personen bei der Erteilung von Baugenehmigungen sich weigern, die entsprechenden Papiere zu unterzeichnen. Ähnlich ist es bei dem Eisenbahnstreik, wo die Verkehrsleiter strei-

ken, die verantwortlich für die Fahrpläne und Fahrzeiten sind.

SR und SACO sind festgefügte, straff geführte und finanzkräftige Organisationen, die aggressiv und rücksichtslos ihre eigenen Gruppeninteressen vertreten. Es gibt dabei auch Gruppen, welche dort aufgrund ihres Berufes mehr oder weniger zwangsmäßig organisiert sind. Sehr wahrscheinlich dürfte es in den eigenen Reihen nach dem Streik zu heftigen Auseinandersetzungen kommen, schon jetzt haben eine Reihe prominenter Mitglieder ihre Mitgliedschaft bei SACO aufgesagt.

Walter Pappel